



Medienkommentar

Bildungspolitische Volksabstimmungen in Schweizer Kantonen - Teil 1



Wie demokratisch ist das Schweizerische Bildungssystem? Aktuell werden Lehrpläne im Alleingang von Bildungsräten und Erziehungsdepartementen eingeführt. Die Volksabstimmungen vom 4. März 2018 in den Kantonen Bern und Zürich können diesen Zustand beenden. Als Plattform für unterdrückte Meinungen strahlt Klagemauer.TV die Sendung „Lehrplan 21: Tauglich für den Unterricht?“ aus, welche einen Aspekt der heutigen Bildungsentwicklung aufzeigt.

Am 4. März 2018 finden in den Schweizer Kantonen Bern und Zürich für die Zukunft wegweisende Volksabstimmungen zum Thema Bildung statt. Es geht dabei darum, dass neue Lehrpläne künftig nicht ohne die Zustimmung der Bevölkerung eingeführt werden sollen. Aktuell werden neue Lehrpläne von Bildungsräten oder Erziehungsdepartementen sozusagen im Alleingang eingeführt. Die Kantonsparlamente und die Bevölkerung haben keine Möglichkeit der Einflussnahme. Diesen für die Schweiz doch eher undemokratischen Zustand wollen nun die beiden Volksabstimmungen beenden und zur Stärkung des Mitbestimmungsrechtes der Bevölkerung und des Parlamentes beitragen. In den Leitmedien sucht man bisher allerdings vergeblich nach einer ausgewogenen Pro und Kontra Berichterstattung über die bevorstehenden Abstimmungen. Daher ist es für die Bevölkerung schwierig, sich eine kompetente eigene Meinung über diese Bildungsinitiativen zu bilden. In diesem Zusammenhang sei auch gleich auf die „No-Billag“-Initiative verwiesen, die ebenfalls am 4. März zur Abstimmung gelangt. Die Initiative will die Billag-Zwangsgebühren für Radio und Fernsehen abschaffen. Im Abstimmungskampf wird von den Billag-Befürwortern zwar ständig ins Feld geführt, dass bei der Abschaffung der Zwangsgebühren die Medienvielfalt verloren gehe. Doch legen beispielsweise bei den bildungspolitischen Themen die zwangsfinanzierten Leitmedien eine erschreckende Einseitigkeit an den Tag. Vielfalt findet man aber interessanterweise bei den gebührenfreien Medien. Klagemauer.TV ist zum Thema Bildungsinitiativen bei solchen gebührenfreien Medien fündig geworden und hat sich entschieden, darüber ausführlich zu berichten. Insbesondere kommen auch kritische Stimmen, etwa zum geplanten Lehrplan 21, zu Wort. Die Einführung dieses neuen Lehrplanes war der Auslöser für die am 4. März zur Abstimmung gelangenden bildungspolitischen Initiativen. Vom Schweizerzeit Verlag und dem Verein Bürger für Bürger haben wir die Erlaubnis erhalten, einige der von ihnen produzierten Sendungen in den nächsten Wochen bis zur Abstimmung auszustrahlen. Landesbedingt werden es vorwiegend Sendungen in Schweizerdeutsch sein. Helfen Sie bitte mit, diese Sendungen als Beitrag zur freien Meinungsbildung vor allem in den betreffenden Schweizer Kantonen breit zu streuen.

von mbr.

Quellen:

<http://starkevolksschulebern.ch/>

<http://www.lehrplan-vors-volk.ch/>

http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/seiten/schweizerzeit_magazin-116

<https://www.facebook.com/pg/politstammtisch/videos/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.